56. Jahrgang. № 134. Donnerstag, 16. Mai 1912.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Gegründet 1862. J. A. Bruno König **Brautmöbel** Dresden-A., Kamenzer Strasse 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Ringstrasse. Illustr. Katalog bitte verlangen.

RAUM KUNST — Beachten Sie die Schaufenster der „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastrasse 5/7. **Brautausstattungen** in grösster Auswahl bei billigsten Preisen.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Kuppel: Telefon I 3844. E. Böhme's rother Gartenschlauch.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht- Lampen einfachster Art bis zu den **feinsten kunstgewerbl. Ausführungen** :: in konkurrenzloser Auswahl. :: Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Sarsaparill-Kräuter-Maikur Schutzmarke Dr. Brandes, haltbarer, konzentr. **Kräutersaft** zur s. g. Reinigung und Auffrischung des Blutes und der Säfte. Zur Vorbeugung gegen Krankheiten sind Maikuren seit alters her gebräuchliche Volksmittel. Flasche, für mehrere Tage ausreichend, 1,20 Mark, verstärkt 1,80 Mark, letzterer auch als Ersatz für Brunnenkuren **gegen Korpulenz** empfohlen. Generaldepot u. Versand: **Salomonis-Apotheke** DRESDEN-A., Neumarkt 8.

Eßt Pfunds Yoghurt!

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Keine Temperaturänderung, zeitweilig Niederschläge.

Die nationalliberale Darstellung der **Einigungsverhandlungen zwischen Konservativen und Nationalliberalen** im Landtag wird von konservativer Seite als nicht ganz zutreffend bezeichnet.

Der nächste **Sächsische Mittelstandstag** findet am 24. und 25. August d. J. in Freiberg statt.

Der **Kaiser** reist wegen des Ablebens des dänischen Königs nicht nach **Wiesbaden und Frankfurt a. M.**

Der **Reichstag** erledigte den **Marine-Etat** und den Etat für **Kiautschou**.

Die **Branntweinsteuer-Kommission** des Reichstags führte die zweite Lesung zu Ende, die **Budget-Kommission** genehmigte den Etat des Auswärtigen Amtes.

Staatssekretär a. D. **Wermuth** wurde zum **Berliner Oberbürgermeister** gewählt.

Der **Staatskommissar der Berliner Börse** weist anläßlich der neuerdings vorgekommenen **spekulativen Ausschreitungen** in einem Schreiben an den Börsenvorstand auf die unausbleiblichen schweren wirtschaftlichen Folgen dieser Vorkommnisse hin.

Der seit Dezember v. J. mit dem österreichischen Oberleutnant Werner **vermißte Ballon „Salzburg"** ist aufgefunden worden; Werner war tot.

Die französischen **Flieger** Kapitän Echeman und Beaunais sind **abgestürzt** und fanden dabei ihren **Tod**.

Der **Newyorker Expreßzug** wurde von **Banditen überfallen**, die aus dem Gepäckwagen 140 000 Dollars raubten.

Das reichsländische „Experiment".

Als Herr von Bethmann-Hollweg im Januar vorigen Jahres den elsaß-lothringischen Verfassungsentwurf dem deutschen Reichstage vorlegte, stellte der konservative Abgeordnete Winckler **zwei Fragen** an den Kanzler: Ist der Reichstag in Zukunft nach der Vorlage berechtigt, hier, das heißt im Reichstage, Interpellationen einzubringen, die sich auf innere Dinge in Elsaß-Lothringen beziehen? Ferner: Können wir einen derartigen Optimismus, wie ihn die Vorlage enthält, mitmachen, wenn wir zweifelhaft sein müssen, ob wir später den **begangenen Fehler wieder gut machen können**? Auf beide Fragen hat der Kanzler keine Antwort gegeben. Wohl aber gab die Kommission, die den Gesetzentwurf zu bearbeiten hatte, eine Antwort, indem sie die Vorlage erheblich erweiterte und aus dem Reichsland einen völlig selbständigen Bundesstaat machte, dem man außerdem noch das Reichstagswahlrecht verlieh. In die Angelegenheiten eines Bundesstaates sich zu mischen, hat allerdings der Reichstag kein Recht mehr, und wie heute die Konstellation im Reichstag ist, dürfte die Aufhebung der Verfassung so gut wie ausgeschlossen sein. Zu einem solchen Gesetz hat der fünfte Kanzler des Reiches seine Zustimmung gegeben, hat der Sozialdemokratie zuliebe das Pluralwahlrecht fallen lassen und die Bedenken der Konservativen mit einer Handbewegung abgetan. Selten ist die politische Vergeltung so schnell eingetreten wie in diesem Falle, und unsere Prophezeiung, daß der Bundesstaat Elsaß-Lothringen eine dauernde Wunde am Körper des Reiches bilden werde, hat sich bereits erfüllt.

Unerhörte Szenen haben sich im reichsländischen Landtage zugetragen aus Anlaß der Beratung des Grafenstadener Falles. Die Grafenstadener Werke im Reichsland hatten bisher jährlich vom preußischen Eisenbahnminister hohe Aufträge erhalten in Höhe von mehreren Millionen Mark. Allmählich aber wurde bekannt, daß der Leiter dieser Werke, Direktor **Heyler**, einer der schlimmsten Deutschenfresser war und seine Stellung dazu benutzte, deutschfeindliche Treibereien zu inszenieren. Die Arbeitervereine seiner Fabrik veranstalteten französische Verbrüderungsfeste mit französischen Uniformen und Fahnen, außerdem spielte sich der Direktor offen als Franzößling auf. So verweigerte er einem deutschen Offizier den Besuch der Fabrik, da er nicht in Uniform erscheinen könne. Als eines Tages ein Baurat an dem Tender einer abzunehmenden Lokomotive etwas auszusetzen hatte, erwiderte Heyler: „Gut genug für den sale prussien". Außerdem wurde bekannt, daß Heyler bereits als Primaner wegen Beleidigung des alten Kaisers zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Der preußische Eisenbahnminister tat also nur seine ganz selbstverständliche Pflicht, als er einer derartigen Fabrik keine Bestellungen mehr zukommen ließ. Die Folge dieser Maßnahme waren Radauszenen im reichsländischen Landtag, der **einstimmig** forderte, die Regierung dürfe sich nicht um die politische Gesinnung der Fabriken kümmern, die staatliche Aufträge erhielten. Einzig und allein der Unterstaatssekretär **Mandel**, ein Altdeutscher, stand seinen Mann, der Widerspruch des Staatssekretärs **Zorn von Bulach** war mehr als schwächlich. Er bezeichnete die Vorgänge in Grafenstaden als **„Kindereien"** und meinte: „Das Deutsche Reich wird nicht untergehen, weil in Grafenstaden französische Uniformen getragen, französische Lieder gesungen, die Marseillaise gespielt und die Trikolore entfaltet worden ist."

Wahrhaftig, daran wird das Deutsche Reich nicht zugrunde gehen. Unser gutes Schwert wird dafür sorgen, daß die Hoffnungen der Deutschenfeinde sich nie und nimmer erfüllen werden. Aber eine Schmach und eine Schande ist es, daß in einem deutschen Staate die Deutschenfeinde ungestraft ihr Wesen treiben dürfen, und daß eine deutsche Volksvertretung dieses hochverräterische Treiben schützt. Eine Schmach und Schande ist es, daß das gewaltige Deutsche Reich sich diese Zustände gefallen lassen muß, daß keine Faust dreinschlagen kann, die dieses welsche Gelichter zu Paaren treibt. Eine Schmach und Schande ist es, daß die Nachkommen der Reichsgründer das stolze Einheitsgebäude wieder lockern lassen, daß sie die mit teurem deutschen Blute erkämpfte Westmark diesen Franzößlingen preisgeben und somit unser Reich zum Gespött des Auslandes machen. Damit der Süden des Deutschen Reiches strategisch gesichert sei gegen französische Angriffe, deswegen bestand Bismarck auf der Abtretung des Grenzlandes. Und heute haben die verhetzten Bewohner dieses Landes das Recht, ihre deutschfeindliche Gesinnung offen zur Schau zu tragen. Das alles ist dem Reichskanzler in zahllosen Entschließungen vorhergesagt worden, es hat ihn nicht gekümmert. Er wagte das „Experiment", wie er es selber genannt hat, nun steht er vor der vollendeten Tatsache.

Jetzt soll auch der **Kaiser** seinem Unmute über die elsaß-lothringischen Zustände Luft gemacht haben. Was er wirklich gesagt hat, steht zur Stunde noch nicht fest. Ob er sich tatsächlich dahin geäußert hat, daß er aus dem Reichslande eine preußische **Provinz** machen werde, wenn sich die Zustände nicht änderten, ist zum mindesten fraglich. Aber nehmen wir einmal an, er habe wirklich derartiges gesagt. Ist dann die Aufregung der unbeeideten Verfassungswächter wirklich vonnöten? Der Kaiser ist sich selbstverständlich völlig klar darüber, daß eine derartige Maßnahme nicht einfach dekretiert werden kann. Volle 24 Jahre regiert Kaiser Wilhelm, er kennt die Reichsverfassung jedenfalls besser als die demokratischen Wortführer, die an jedem Kaiserwort drehen und deuteln, bis sie irgend etwas entdeckt haben, das ihr Eintreten für die Reichsverfassung „nötig" macht. Dieselben Leute würden aber die Verfassung lieber heute als morgen über den Haufen werfen, wenn es ihnen möglich wäre, ihr demokratisches Ideal zu verwirklichen. Hat also der Kaiser den Ausspruch wirklich getan, so hat er damit selbstverständlich nur seinem Unmut Ausdruck geben und den Elsaß-Lothringern zugleich zeigen wollen, daß die Möglichkeit existiert, die bestehende Verfassung wieder aufzuheben.

Er hat damit nichts anderes gesagt, als was bereits vor den Landtagswahlen im Herbst des Jahres 1911 die in Metz erscheinende „Lothringische Ztg." ausgeführt hat. Ein Straßburger Mitarbeiter schilderte damals die Folgen eines nationalistisch gesinnten Landtages. Es würde zunächst zu einer Auflösung kommen, und wenn auch die Neuwahlen kein besseres Resultat brächten, so wäre mit **der Auflösung der Selbständigkeit Elsaß-Lothringens** zu rechnen. Kein deutscher Bundesstaat würde dann etwas dagegen haben, daß das Reichsland an Preußen fiele, und ein preußischer Oberpräsident würde mit dem nationalistischen Treiben bald fertig werden. In der Tat kann man es nur bedauern, daß Bismarck seinerzeit das **Angebot der deutschen Bundesstaaten**, das **Reichsland Preußen einzuverleiben**, nicht angenommen hat. Als preußische Provinz würde die Westmark niemals diese traurige Entwicklung genommen haben.

Wer die Dinge im Reichsland aufmerksam verfolgt hat, wird dem Kaiser recht geben müssen, daß **es so nicht weitergehen kann**. Eine Aenderung muß eintreten, wenn die Sicherheit des Reiches nicht ernstlich gefährdet werden soll. Das Experiment des Kanzlers ist schmählig gescheitert, darüber ist sich hoffentlich der Herr Reichskanzler selber im klaren. Eine Besserung der Zustände im Reichsland ist nur möglich, wenn dieses Land dem **führenden Bundesstaat einverleibt** wird. Es hat keinen Zweck, diese Tatsache nicht eingestehen zu wollen. Gerade weil wir unbedingte Anhänger des föderativen Prinzips sind, in dem wir den besten Kitt des Reiches erblicken, treten wir für die Einverleibung in Preußen ein. Das Deutsche Reich ist ein ewiger Bund der deutschen Fürsten und Freien Städte, und als dieser Bund gegründet wurde, war Elsaß-Lothringen erobertes Land, es ist dem Bunde nicht freiwillig beigetreten. Der Versuch, es als gleichberechtigtes Mitglied in diesen Bund aufzunehmen, ist mißlungen. Der Bundesstaat Elsaß-Lothringen liebäugelt offen mit dem Ausland, das ist und bleibt Verrat am Bunde. **Wir wollen Föderalismus, aber keinen Partikularismus.** Der Bund hat nun die Pflicht, diesen Zustand nicht länger zu dulden. Das Interesse des Reiches muß über allen anderen Erwägungen stehen. Freilich, das eine läßt sich nicht verkennen, daß die Situation für eine derartige Maßnahme heute sehr ungünstig ist. Im jetzigen Reichstag haben Zentrum und Sozialdemokratie die Mehrheit, also gerade die Parteien, die vor allem für die Selbständigkeit Elsaß-Lothringens eingetreten sind. So rächt sich die Politik Bethmann-Hollwegs. Wahr aber bleibt das Wort des Grafen **Posadowsky**, das dieser vor der endgültigen Beschlußfassung über die Verfassung im Reichstag geprägt hat: „Die Regierung, die jetzt dem Lande eine Verfassung gibt, durch welche ihm ein wesentlich höheres Maß von Selbständigkeit eingeräumt wird, übernimmt vor dem deutschen Volke, vor unserer geschichtlichen Vergangenheit und unserer politischen Zukunft eine **dauernde Verantwortung, die ihr durch keinen Mehrheitsbeschluß des Reichstags abgenommen werden kann.**" —e.

*

Wie aus Straßburg gemeldet wird, wird der **sozialdemokratische Abgeordnete Böhle**, Vertreter des Wahlkreises der Stadt Straßburg, die **Aeußerungen des Kaisers** im Reichstage später **zur Sprache bringen**.

Die Budgetkommission des **preußischen Abgeordnetenhauses** beriet am Mittwoch über das Eisenbahnanleihegesetz. Der Minister führte aus: Der **Norddeutsche Lokomotivverein** verteilt die Staatsaufträge im besten Verhältnis auf die einzelnen Werke. Es sei ihm aber aufgegeben worden, den diesjährigen Anteil der **Grafenstadener Werke zurückzuhalten**. Die von der elsaß-lothringischen Regierung erbetenen Aufklärungen über das Werk hätten die **deutschfeindlichen Bestrebungen der Direktion** klar erwiesen. Daher könnten ihr weitere Staatsaufträge nur unter der Zusicherung von Garantien, daß diesen Uebelständen abgeholfen werde, erteilt werden. Sie ihnen endgültig ganz zu entziehen, gebe im Interesse der großen Arbeiterschaft doch zu Bedenken Anlaß. Auf Einschreiten des Ministers seien durch die Generaldirektion der elsässischen Staatsbahn bündige Garantien gefordert worden.

Drahtmeldungen

vom 15. Mai.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstag setzte die Beratung des **Marineetats** fort. — Abg. **Vogtherr** (Soz.) bringt Beschwerden der Nordseefischer vor über die Schädigungen durch die Schießübungen und moniert, daß ein nach Danzig beordertes Torpedoboot den Kronprinzen auf seiner Vergnügungsfahrt begleitet habe. Sei das auch militärischer Dienst? — Abg. Dr. **Struve** (Vp.) kommt auf die Kommissionsverhandlung über den Stand der Marineingenieure zurück und auf das vom Staatssekretär verlesene Schreiben eines Chefingenieurs, in dem es heißt, daß die Ingenieure dem Schreiben des Abg. Dr. Struve durchaus fernstehen. Das stimmt, sagte er, ich habe niemals in irgendeiner Weise mich mit aktiven Marineingenieuren über diese Dinge eingelassen, weil ich viel zu hoch von der notwendigen Manneszucht denke. Das Wort „Treiben" weise ich zurück. Es ist ungewöhnlich, daß ein angegriffener Minister sich in der Weise auf eine Eingabe eines Untergebenen beruft. Für die Stellung und Ausbildung der Marineingenieure muß viel mehr getan werden. Das Unterordnungsverhältnis

SLUB Wir führen Wissen.